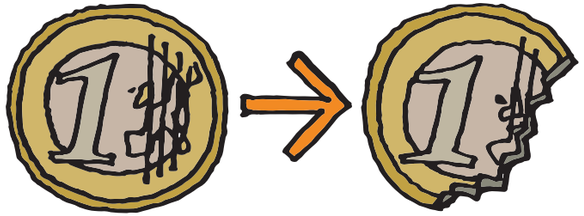
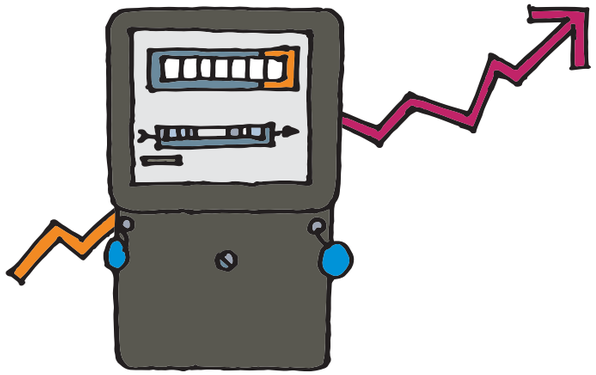


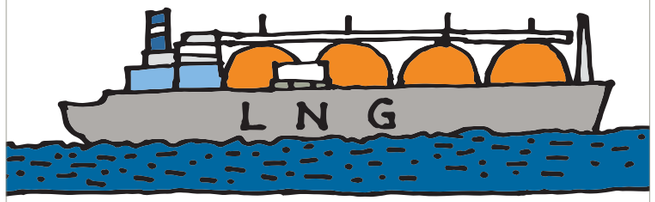
Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europäische Union (EU) steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Auf die Corona-Krise folgten der Ukraine-Krieg und der Energiepreisschock. Die deutsche Wirtschaft, die größte Volkswirtschaft der EU, schlitterte in die Rezession und stagniert. Die Löhne und die Kaufkraft hinken den Preisen und Gewinnen hinterher. Die öffentliche Infrastruktur verlottert und die Bahn fährt kaum noch pünktlich. Anstatt in die zivile Infrastruktur zu investieren, werden nun hunderte Milliarden Euro im Rüstungsfilz versenkt. Viele kleine und mittlere Unternehmen ächzen unter der Bürokratie. Die mächtigen US-Tech-Konzerne hingegen zahlen kaum Steuern in der EU. Viele Gewinne werden in »Steueroasen« transferiert und die Vermögen der Milliardäre wachsen. **Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Europäischen Parlament streitet daher für eine gerechte und vernünftige Politik!**



Wirtschafts-Schock – Sanktionen und Investitionsstau

Der Wirtschaftskrieg und die Sanktionen gegen Russland haben Energie verteuert, aber nicht den Ukraine-Krieg beeinflusst. Diese Sanktionen haben uns selbst mehr geschadet als Russland. Wir importieren nun schmutziges und teures Fracking-Gas aus den USA statt billigem Pipeline-Gas aus Russland und kaufen sogar vermehrt russisches Flüssiggas. Gas ist ein wichtiger Brückenrohstoff, um unsere Wirtschaft im Sinne des Klimaschutzes umzubauen. Wir haben uns damit im Zollstreit mit Donald Trump erpressbar gemacht. Wladimir Putin finanziert sein Militär zudem in Rubel, nicht in unseren Gas-Euros.



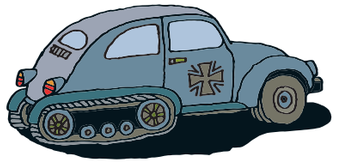
Teure Energie, weniger Industrie

Hohe Energiepreise vertreiben die Industrie aus der EU und vernichten gut entlohnte Industriejobs. Die Wiederanhebung von Verbrauchssteuern in Deutschland und die CO_2-Bepreisung im Zuge des Emissionshandels machen das Leben für die Mittelschicht und Menschen mit geringem Einkommen teurer – ohne dem Klima tatsächlich zu nützen. Denn die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachen die meisten Treibhausgase. Ohne den massiven Ausbau von Bussen und Bahnen wird eine Schichtarbeiterin auf dem Land weiter das Auto benutzen und weniger im Portemonnaie haben, während höhere CO_2-Preise die Superreichen nicht jucken, die im Privatjet um die Welt fliegen. Die Hochrüstung ist zudem ein enormer Klimakiller. Wir brauchen daher vor allem massive Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur.

Kaputte Infrastruktur und Rüstungsfilz

Über Jahrzehnte wurde viel zu wenig investiert in Deutschland und der EU. Die Infrastruktur bei Brücken, Straßen, Schulen und Krankenhäusern verlottert, während wir bei der Spitzentechnologie den Anschluss verlieren. Dies hat auch mit den europäischen Schuldenregeln zu tun, die produktive und langfristige Investitionen verhindern.

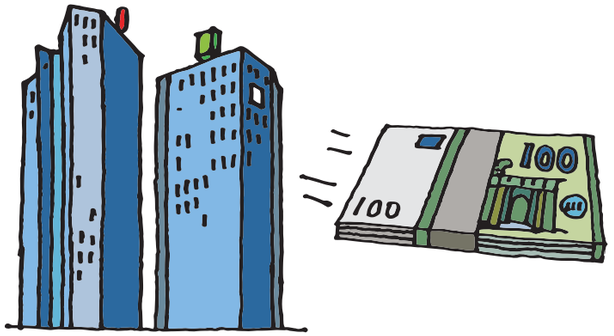
Anstatt in die zivile Infrastruktur zu investieren, werden nun jedoch ausgerechnet die Schuldenregeln gelockert, um hunderte Milliarden Euro im Rüstungsfilz zu versenken. Dabei sind die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Staaten bereits jetzt um ein Vielfaches höher als jene Russlands. Mehr Rüstung wird nicht mehr Sicherheit schaffen. Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa, die Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle belebt und wechselseitige Sicherheitsinteressen anerkennt.



Panzer statt Volkswagen?

Mit dem Motto »Panzer statt Volkswagen« wird die ökonomische Zukunft Europas verspielt. Zudem ist es ein Klimakiller. Der Umbau der Wirtschaft – von der Automobilindustrie bis zur Energieversorgung – wird nicht durch einen »oliv-grünen Wirtschaftsschock« gelingen. Grüner Stahl zum Beispiel ist nur wettbewerbsfähig, wenn die Strompreise niedrig sind. Und wer die Emissionen von Pkws weltweit reduzieren will, darf sie nicht nur am Auspuff messen. Elektromobilität kann nur ein Baustein von vielen sein. Wir brauchen auch die Förderung verschiedener Antriebstechnologien – einschließlich emissionsarmer Verbrenner, um den CO_2-Ausstoß zu senken.

Während insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unter der Bürokratie und den ausufernden Berichtspflichten einer »Lobby-Industrie« ächzen, zahlen die mächtigen US-Internet und Tech-Konzerne kaum Steuern und die Vermögen der Milliardäre wachsen. Wo die EU einen Unterschied machen könnte, liefert sie nicht: Etwa bei Strafsteuern auf Finanzflüsse von Konzernen in Steueroasen oder bei einer koordinierten Besteuerung von Milliardären.



Unsere Forderungen:

- **Zivile Investitionen erhöhen, z.B. schnelle Bahnverbindungen in Deutschland und zwischen europäischen Metropolen:** Wir fordern daher eine goldene Regel, die öffentliche Investitionen von den Schuldenregeln ausnimmt. Statt den EU-Haushalt immer weiter aufzublähen und in die Mitgliedsstaaten hineinzuregieren, brauchen die Regierungen mehr Spielraum für dezentrale Investitionen. Die Europäische Zentralbank (EZB) soll die Staatsfinanzen garantieren und das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) soll für zivile Investitionen erhöht werden. Über einen Industriefonds soll in relevante Zukunftsbranchen und Schlüsselindustrien investiert werden.
- **Aufhebung der Sanktionen gegen Russland:** Unsere Energiekosten sind immer noch höher als vor dem Krieg, doch die Sanktionen haben nicht zu einer friedlichen Lösung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine beigetragen. Eine Aufhebung der Sanktionen im Zuge eines Waffenstillstandes könnte die EU diplomatisch wieder ins Spiel bringen. Zudem sollte die gesprengte Pipeline Nord Stream 2 nicht in die Hände von US-Investoren gelangen. Wir brauchen Energiesouveränität.

- **Stärkung der Kaufkraft:** Der Mindestlohn in Deutschland sollte gemäß der europäischen Mindestlohnrichtlinie auf fünfzehn Euro pro Stunde erhöht werden. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand und muss vor Privatisierung und Übergriffen aus Brüssel geschützt werden. In der EU muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Ein polnischer Bauarbeiter auf einer deutschen Baustelle muss nach deutschen Tarifen bezahlt werden – und nicht umgekehrt. Unternehmen, die Tarifverträgen unterliegen, sollten bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.
- **Strafsteuern auf Finanzflüsse und koordinierte Milliardärsbesteuerung:** Mindeststeuersatz auf Unternehmensgewinne von 25 %, Straf- bzw. Quellensteuern auf konzerninterne Finanzflüsse in Steueroasen erheben, Besteuerung von Milliardären und extrem hohen Millionenvermögen in EU-Staaten mit mindestens zwei Prozent des Nettovermögens (abzüglich Kredite und andere Verbindlichkeiten)
- **Förderung emissionsarmer Antriebstechnologien:** Eine Klima-, Energie- und Technologiepolitik, die Treibhausgase im Verkehrssektor durch Einsparziele technologieoffen mindert, statt Verbrenner-Aus und CO_2-Steuer; Begrenzung von Managergehältern, Dividenden, Aktienrückkäufen und Boni.
- **Bürokratieabbau ohne Schwächung von Arbeitnehmerrechten:** Berichtspflichten sollten sich auf große Konzerne konzentrieren und es sollten verbindliche Sozialstandards in Handelsverträgen verankert werden.
- **Kein Sozial- und Umweltdumping:** etwa bei Handelsverträgen, in der Landwirtschaft.

BSW im Europäischen Parlament · kontakt@bsw-ep.eu
MdEPs Fabio De Masi · Thomas Geisel · Michael von der Schulenburg · Ruth Firmenich · Prof. Dr. Jan-Peter Warnke
Rue Wiertz 60 · 1047 Brüssel – Belgien · Stand: Juli 2025

Bündnis
Sahra Wagenknecht
im Europäischen Parlament

Panzer statt Volkswagen?

In die Zukunft investieren
statt Europas Wirtschaft ruinieren!

www.bsw-ep.eu

© Thomas Matthias Hofmann · Berlin 2025